

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 10/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 18693. — **Berlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 10/21 — Telephon 4598

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelspalte oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Spalte 1.70 M. Reklame-Kolonelspalte 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Frankreich und die Reichsgerichtsurteile.

Berlin, 12. Juli. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Wie unser Berliner Korrespondent erzählt, wird die französische Regierung vorläufig keine offene Rundgebung an die deutsche Regierung zur Begründung oder Erklärung der Absetzung ihrer Delegierten zu den Leipziger Prozessen erlassen. Die französische Regierung beabsichtigt, die Frage zunächst auf sich beruhen zu lassen und im Zusammenhang mit den übrigen politischen Fragen auf der nächsten Konferenz des Obersten Rates zu besprechen.

Das heißt, Frankreich wird die Sprüche des Reichsgerichts in den Kriegsverbrecherprozessen benutzen, um von seinen Verbündeten die Ermächtigung zur Aufrechterhaltung der Sanktionen zu erlangen. Düsseldorf usw. werden für Leipzig büßen müssen.

## Briands Außenpolitik.

Die Kriegsverbrecherprozesse und die Sanktionen.

Paris, 11. Juli. (Kammer.) Nachdem Briand zunächst über die spanische Frage gesprochen hatte, wandte er sich der äußeren Politik zu und sagte u. a.: Frankreich besitzt zur Wahrung seiner Interessen und Wünsche die nötigen Kräfte, welche es auch seien. Die öffentliche Meinung in Deutschland mag vom Geiste der Alldeutschen ergriffen werden, sie mag es ablehnen, aus den Ereignissen die richtige Lehre zu ziehen und den demokratischen Erzeugnissen zum Siege zu verhelfen; sie mag selbst von einem Raufeldzug sprechen; eine Tatsache bleibt nichtbedenklicher bestehen: Frankreich steht am Rhein und kann nicht zugeben, daß Deutschland so umgestaltet wird, daß es eine Bedrohung für Frankreich darstellen könnte.

Briand trägt nunmehr den französischen Standpunkt in der obersten Frage vor: Frankreich halte sich nur an den Friedensvertrag. Die Tatsachen scheinen zugunsten Polens zu sprechen, und es müssen schon schwerwiegende Beweise vorgebracht werden, um zu einer andern Regelung zu kommen. Es müssen Vorkehrungen getroffen werden. Nun auf! Wir werden sie ergreifen!

Briand geht sodann zur Frage der Aburteilung der Kriegsverbrecher über. Deutschland tat so, als wolle es diese Aburteilungen vornehmen. Aber die französische Regierung mußte zu ihrem Bedauern feststellen, daß die Anwesenheit der französischen Abordnung in Leipzig vollkommen zwecklos war, da es sich ja doch nur um ein Theaterstück handelte.

Briand faßte die gegenwärtige Außenpolitik nochmals kurz zusammen und sagte, er habe ein militärisches Vorgehen jederzeit zu vermeiden gesucht. Wenn es aber unglücklicherweise die Alldeutschen gelingen sollte, das Ministerium Wirth zu vertreiben und Deutschland wieder in eine Politik zu stürzen, die für Frankreich gefährlich werden könnte, dann möge ein jeder wissen: Frankreich besitzt alles, was es brauche, um die Lage wieder herzustellen.

Briand fuhr fort: Wenn die Frage der Kriegsschuldigen vor die Verbandsregierungen kommen wird, werden sie Deutschland fragen: Habt ihr sie verurteilt? Wenn Wirth auch alles mögliche getan hat, um seine Verpflichtungen zu erfüllen, so genügt das doch nicht, um Frankreich zu veranlassen, auf die Sanktionen zu verzichten. Das ist unmöglich. Die eine Tatsache bleibt bestehen: daß Deutschland geschlagen und besieg ist. Auf französischer Seite wird es auf den festen Willen stehen, von der Durchführung seiner Verpflichtungen Kenntnis zu nehmen. (Beifall auf allen Bänken.)

Wir sind die letzten, die die Praxis des Reichsgerichts in den Kriegsverbrecherprozessen verteidigen. Aber gerade weil wir sie in jedem einzelnen Fall aufs schärfste kontrolliert und kritisiert haben, weil wir ihre Anzulänglichkeiten und klassenmäßige Beschränktheit klar aufgedeckt haben, steht uns das Recht zu, Briand das Recht abzusprechen, für die Tätigkeit und den Geist einer kleinen Körperschaft, die nicht berufen ist, Deutschland nach außen hin zu repräsentieren, ganz Deutschland verantwortlich zu machen und büßen zu lassen. Wenn die französische Regierung in ihrer Verzweiflung darüber, daß die Regierung Wirth alles mögliche getan habe, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen, und daher der letzte Rechtsgrund für die Aufrechterhaltung der Sanktionen gefallen ist, auf ihrer kampfhaften Suche nach neuen Ausreden zur Aufrechterhaltung der Sanktionen sich an das Verlangen des Reichsgerichts klammert und es als Rechtsgrund für die Sanktionen proklamiert, so ist dem entgegenzuhalten, daß die deutsche Regierung sich lediglich dazu verpflichtet hat, die ihr von der Entente vorgelegten Listen vor das Reichsgericht zu bringen und schleunige Aburteilung zu veranlassen. Die Reichsregierung hat auch in diesem Punkte ihre Verpflichtungen erfüllt; weiter zu gehen war sie nicht verpflichtet und hätte auch gar keine Machtmittel dazu. Wenn die Entente mit der Regelung der Kriegsverbrecherfrage, der sie selbst zugestimmt hat, nicht zufrieden ist, so steht es bei ihr, eine andre Regelung vorzuschlagen. Für die Aufrechterhaltung der Sanktionen aber ist, nachdem auch die Entwaffnungsfrage so restlos gelöst ist, daß selbst Briand daran nichts auszusetzen hat, jeder Schein von Berechtigung verschwunden, ihr einziger Existenzgrund ist die unerlöschliche Machtgier des französischen Imperialismus, der die andern im Obersten Rat vertretenden Ententemächte zur Wiederherstellung des Friedens und der Wirtschaftskraft Europas in

ihrem eigenen Interesse allen Anlaß haben einen kräftigen Riegel vorzuschleiben.

## Wiederaufnahme der Reparationsverhandlungen.

Paris, 11. Juli. Heute werden am Quai d'Orsay unter Vorsitz des Ministers Loucheur die Verhandlungen über die Reparationsfrage zwischen Staatssekretär Bergmann, Reichskommissar Dr. Guggenheimer und den französischen Sachverständigen wieder beginnen.

## Uebergabe der ersten Schuldverschreibungen.

Berlin, 11. Juli. In Erfüllung der Verpflichtung aus Artikel 2 A des Zahlungsplans des Reparationsausschusses hat die Kriegsschuldenkommission dem Reparationsausschuß zum 1. Juli Schuldverschreibungen über 12 Milliarden Goldmark übergeben, die vom 1. Mai 1921 ab mit 5 Prozent verzinst und vom gleichen Datum ab jährlich mit 1 Prozent unter Zuwachs der durch Tilgung ersparten Zinsen, sowie durch Rückzahlung zum Nennwert getilgt werden. Als Sicherheit für diese Zahlungen bestimmt die deutsche Regierung an erster Stelle die Erträge der deutschen See- und Landzölle, insbesondere aller Ein- und Ausfuhrabgaben, die Erträge einer Abgabe von 25 Prozent auf den Wert aller deutschen Ausfuhr, soweit sie nicht bereits einer anderweitig auferlegten gleichen oder höheren Abgabe unterworfen ist, und schließlich die Erträge derjenigen direkten und indirekten Steuern oder Fonds, die von der deutschen Regierung vorgeschlagen und von dem Garantiekomitee in Ergänzung oder als Ersatz für die geforderten Fonds angenommen wurden. Die Schuldverschreibung ist befreit von allen deutschen Steuern und Lasten aller Art.

## Keine Vertreibung der deutschen Pächter Neuplens.

Berlin, 8. Juli. Das Generalsekretariat der Botschafterkonferenz überlieferte der Deutschen Botschaft in Paris folgende Note vom 4. Juli:  
Unter dem 30. Juni hat Herr Mayer dem Präsidenten der Botschafterkonferenz mitteilen lassen, daß die polnischen Behörden im Begriff wären, am 1. Juli mit der Vertreibung der Pächter der ehemaligen preussischen Domänen in den an Polen abgetretenen Gebieten zu beginnen. Herr Mayer hat die Konferenz ersucht, ohne Verzug zu intervenieren, um die drohenden Vertreibungen zu verhindern.

Das Generalsekretariat der Konferenz beehrt sich als Antwort auf diese Mitteilung den deutschen Botschafter wissen zu lassen, daß Herr Alphand, der mit der Berichterstattung in dieser Frage von der Konferenz beauftragt worden war, aus eigener Initiative bei der polnischen Delegation intervenierte, worauf diese sofort die polnische Regierung aufgefordert hat, die in Aussicht genommenen Vertreibungen einzustellen.

## Rückgabe von Beutefahrzeugen.

Berlin, 11. Juli. Bis zum 30. Juni 1921 sind der Entente 12 000 Beutefahrzeuge zurückgegeben, und zwar an Frankreich 3503 Staatsbahnwagen und 361 Privatwagen, an Belgien 8111 Staatsbahnwagen und 115 Privatwagen.

## Hat Amerika schon Frieden geschlossen?

Paris, 10. Juli. Chicago Tribune meldet aus Washington: Präsident Harding sei zwar der Wiedereinbringung eines radikal abgeänderten Versailler Vertrags geneigt, doch werde kaum etwas geschehen, ehe nicht die Antwort der Alliierten auf den amerikanischen Einspruch gegen die Mandatsverteilung durch den Völkerbund eingegangen sei. Der Generalanwalt Daugherty habe dem Kabinett einen Entwurf für die Friedensproklamation vorgelegt, doch werde bezweifelt, daß die Angelegenheit schon völlig reif sei. Inzwischen wisse man in amtlichen Kreisen nicht, ob die Vereinigten Staaten sich im Frieden mit Deutschland befinden oder nicht. Der Präsident sei der Ansicht, daß der Friede hergestellt wurde, als er die Resolution des Kongresses unterzeichnete, gewisse Kabinettsmitglieder seien aber im Zweifel, ob eine weitere Schrift zur Herbeiführung eines technischen Friedenszustandes nötig sei oder nicht.

## Eine Weltabrüstungskonferenz?

Neuroel, 11. Juli. Harding ging mit dem Vorschlag einer Abrüstungskonferenz schon über die Resolution Vorab hinaus. Washingtoner Meldungen besagen, daß eine nochmalige Erweiterung wahrscheinlich sei, so daß nicht eine Fünf-Mächte-Konferenz, sondern eine Weltkonferenz stattfinden würde.

## Die Tagung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft.

Frankfurt, 11. Juni. Das Bureau der Internationalen Arbeitsgemeinschaft hält gegenwärtig in Frankfurt a. M. eine Konferenz ab, an der Ledebour, Friedrich Adler, Longuet, Wallhead und Grimm teilnehmen. In Anbetracht an die Konferenz haben in Frankfurt, Offenbach, Höchst, Darmstadt und in Wiesbaden Massenversammlungen stattgefunden, in denen die Führer der Internationale laufende Reden hielten. Alle Redner, insbesondere Longuet, wendeten sich scharf gegen die imperialistischen Bestrebungen der Weltmächte und gegen die Aufrechterhaltung der Sanktionen. „Jaurès hatte recht“, sagte Longuet unter kühnem Beifall, „als er sagte, es gäbe keinen schmerzlichen Feind des Vaterlandes, als gewisse Patrioten. Das Greifswalder und Sanktionsystem dieser Patrioten hat es zuwege gebracht, daß 12 Milliarden für die Befestigung des linken Rheinufers verschwendet werden, für die man Tausende von Häusern im zerstörten Gebiete hätte wieder aufbauen können.“

## Stinnes und die Konzentration des Kapitalismus.

Der Kapitalismus der Nachkriegszeit steht völlig im Zeichen des industriellen Zusammenschlusses, der Konzentration. In ungeheurer Ausmaße wird Unternehmen an Unternehmen, Gruppe an Gruppe gefettet, Kapitalmächte türmen sich in die Höhe und sind in den Händen weniger Leute ein Mittel, der gesamten Wirtschaft ein bestimmtes Gepräge aufzudrücken, Produktion und Preisbildung zu beherrschen, neunzig Prozent der Gesellschaft unter ihre ökonomische Diktatur zu stellen. In dem allgemeinen Konzentrationsdrange ist das typische, daß sich einige besonders machtvolle Kapitalmagnaten entwickeln konnten, ähnlich den einstigen großen Feudalherren oder den modernen Latifundienbesitzern, aber doch mit dem wesentlichen Unterschiede, daß das bewegliche Industrie- und Finanzkapital weit günstigere Entwicklungsbedingungen bietet. Stinnes steht an der Spitze dieser rücksichts- und maßlosen Wirtschaftsdiktatoren. Die Beschäftigung mit diesem Manne und seinen Bestrebungen ist mehr als eine bloße Personenfrage. Der heute jedem Zeitungsleser geläufige Begriff Stinnesierung beherrscht das Wirtschaftsleben, in ihm verkörpert sich die Konzentration des Kapitals und der Produktionsmittel am stärksten. Für die Arbeiterklasse ist es eine Lebensnotwendigkeit, diese Vorgänge mit Aufmerksamkeit und Verständnis zu verfolgen. Dazu bietet ein kleines Schriftchen des rechtssozialistischen Publizisten Kurt Heinig willkommene Gelegenheit; einmal, weil darin eine Fülle teils bekannten, teils neuen wirtschaftlichen Materials in vorzüglicher populärer Darstellung geboten wird, zum andern ist es notwendig, daraus eindeutig und klar die Konsequenzen für die sozialistisch-proletarische Politik zu ziehen.

Heinig behandelt in großen Umrissen die Geschichte der Familie Stinnes. Vor etwa 100 Jahren begann Matthias Stinnes der Urgroßvater von Hugo Stinnes, den Grund zu der Firma zu legen. Charakteristisch ist von Anfang an der aus der Größe gerichtete Ausdehnungswille. Zuerst Transport- und Reederei, erwarb Stinnes bald Kohlenbesitz. Jede Grube wird gehalten, durch Ankäufe kommen neue hinzu. Der Aufschwung der deutschen Kohlenproduktion bringt auch die Firma Stinnes mehr und mehr in die Höhe. Hugo Stinnes begann seine Tätigkeit in der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft. Gestützt auf das Bankkapital (Bernhard Dernburg) entfaltete er eine wilde Spekulation, gewann Millionen, gliederte sich alle möglichen Montanbetriebe an. Die Deutsche Bank wird mißtrauisch und wendet sich von dem struppelosen Profitjäger ab. Der aber setzt sich durch. „Stinnes blieb der Auffassung, daß seine im wahren wahren Tempo vor sich gehende Gründungs-, Verschmelzungs-, Umbau- und Erneuerungspolitik richtig sei. Groß wollte er werden, groß, größer am größten. In den letzten Jahren vor dem Kriege hatte er es erreicht, „Deutsch-Lux“ gehörte, allerdings auf schwankendem Boden, von maßhaltigen Konstruktionen gestützt, durch tolle Finanzoperationen über Wasser gehalten, zu den bedeutendsten Mitgliedern des Stahlwerksverbands. In Formellen stand es schon 1910 an erster Stelle in Deutschland, neben Krupp, Phönix und Gelsenkirchen hatte sich ein neuer Montanriese aufgebaut, der an Kapital und Betriebsumfang sich sehen lassen konnte: Deutsch-Lux. Und hinter ihm sah Hugo Stinnes; es war sein Wert.“

Die Konzentrationstätigkeit beschränkte sich indes vor dem Kriege nicht bloß auf Stinnes und die Montanindustrie. In der Elektroindustrie ging sie in demselben Riesentempo vorwärts. Zwei Konzerne hatten sich bereits herausgebildet; der erste unter der Führung der AEG, der zweite mit Siemens-Schuckert als Spitze. Von absoluten Gegensätzen zwischen diesen beiden Elektrotiefen konnte schon gar nicht mehr die Rede sein. Durch ihre Tochtergesellschaften und gemeinsamen Gründungen, namentlich die Schaffung der Elektrotreuhandgesellschaft in Hamburg, deren Aufgabe die Finanzierung großer Aufträge war, trat eine enge Interessengemeinschaft zwischen AEG und Siemens-Schuckert ein. Diese Beziehungen sind später noch besser ausgestaltet worden, insbesondere durch die völlige Verständigung in der Glühlampenfabrikation. An der Osramgesellschaft, dem deutschen Glühlampenmonopol, sind AEG und Siemens-Schuckert gleichmäßig beteiligt, jede Konkurrenz ist ausgeschlossen. In der Akkumulatoren-Fabrik Hagen sind Siemens und AEG gleichmäßig vertreten, desgleichen in der Deutsch-Überseeischen Elektrizitätsgesellschaft. Da zu der Siemensgruppe faktisch auch die Bergmann-A.-G. gehört, ist in der Elektroindustrie die Konkurrenz so gut wie ganz aufgehoben. Das ist wichtig für die Beurteilung der Stellung der unter der Leitung von Stinnes stehenden Rhein-Eisbahn, zu der die Siemensgesellschaften gehören.

\* Stinnes und seine 600 000 Arbeiter von Kurt Heinig, 48 S. Verlag Dietz, Stuttgart und Buchhandlung Vorwärts Berlin, Preis 3.50 M.